

# Laibacher Zeitung.

Nr. 130.

Pränumerationspreis: Im Comptoir gangl.  
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus  
halbj. 50 kr. Mit der Post gangl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 7. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr.,  
2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr.,  
3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. Mai d. J. dem Schulrathe Dr. Anton Jarz in Krain in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Handelsministerium hat die Inspectorstelle bei dem neu errichteten Telegrapheninspectorate für Mähren und Schlesien mit dem Amtssitze in Brünn dem vormaligen Veroneser Telegrapheninspector, kaiserl. Rathe Karl Zelli verliehen, ferner die Obertelegraphisten: Emanuel Kraut und Anton Houschka zu Telegraphenstationsverwaltern in Brünn und Bogen, dann den Obertelegraphisten Alexander Angerer zum Controlor bei der Telegraphenhauptstation in Lemberg ernannt, endlich den Telegraphencommissär Joseph Kotalik in gleicher Eigenschaft von Pest nach Brünn und den Telegraphenstationsverwalter Ignaz Hofbauer ebenfalls in gleicher Eigenschaft von Marburg nach Klagenfurt übersezt.

## Nichtamtlicher Theil.

### 10. Verzeichniß

der gespendeten Gewinne für die unter dem Protectorate des „Laibacher Frauenvereins“ veranstaltete Wohlthätigkeits-Effekten-Lotterie.

16 Stück prachtvolle Kupferstücke (von einer ungenannt sein wollenden Person), durch das löbliche k. k. Bezirksamt Gotischee eingesendet.

1 blaues Trinkglas, 1 großer Kupferstich in Goldrahmen (Frau Maria Kren.)

3 Stück Kupferstücke (Herr Ernst Faber.)

1 bronzenener Cigarrenhalter (Herr Josef Kromholz, Pfarrer.)

6 Stück feine Leinwandstücke (Herr Johann Bartelmä jun.)

1 Marienbild, 1 rothseidene Halschleife und 1 lederner Damengürtel (von einer ungenannt sein wollenden Person.)

1 silbernes Messer nebst Gabel (Frau Maria Haus.)

1 Schreibzeug aus Porzellan mit Gold montirt (Herr Anton Haus.)

2 silber-plattirte Leuchter (Herr Bezirksvorsteher Fladung.)

Nachdem mit der Anfertigung des Gewinnstverzeichnisses bereits begonnen wurde, wird höflichst ersucht, allfällige zu diesem Zwecke zu spendende Gewinnst-Effekten bis 15. Juni d. J. an das Geschäftsbureau des patriotischen Frauenvereins im Landhause ersten Stock einzusenden.

Laibach, am 6. Juni 1867.

### 5. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 4. Juni.

(Schluß.)

Abg. Dr. Hanisch anerkennt alle Vorzüge der Adresse, welche den volkswirtschaftlichen Theil, den Theil der inneren Gesetzgebung, die Beurtheilung der Eüstirungspolitik betreffen; allein die Behandlung des politischen und staatsrechtlichen Theiles machte es ihm unmöglich, für diese Adresse zu stimmen, unmöglich deshalb, weil die Adresse den Rechtsstandpunkt nicht wahrte und weil er niemals zugeben könne, daß die Verfassung bloß für die außerungarischen Länder in Wirksamkeit war, was man aus der Adresse herauslesen kann. Diese Bedenken werden noch dadurch gesteigert, daß die Adresse dem Hause ohne Motive überreicht wurde und der Berichterstatter es verschmähte, vor der Discussion erläuternd einzutreten. Es wird uns nichts als Thatsachen geboten, sagt Redner, und der Schlei, mit welchem wir diese Thatsachen bedecken sollen. Die Adresse will, daß der ordentliche Reichsrath von der Thatsache der Beseitigung der Reichsverfassung ausdrücklich ausgehe; dieser Zumuthung kann ich nicht entsprechen und bin daher gegen die Adresse.

Präsident: Außer dem Herrn Berichterstatter hat kein Mitglied des h. Hauses das Wort.

Von der Ministerbank wurde der Wunsch geäußert, das Wort zu nehmen.

Finanzminister Freih. v. Becke

indem er sich als Neuling im parlamentarischen Leben

erklärt, die schwierige Stellung eines österreichischen Finanzministers und den innigen Zusammenhang der finanziellen mit den politischen Fragen beleuchtet und constatirt, wie tief der durch die Eüstirung der Verfassung durch 2 Jahre eingetretene Stillstand der Thätigkeit des Reichsrathes empfunden wurde, und wie daher jetzt beim ersten Zusammentritte jede einzelne finanzielle und volkswirtschaftliche Maßregel durch das Prisma des Verfassungsrechtes betrachtet wird, fährt fort:

Ist einmal die öffentliche Meinung in dieser Richtung, dann nimmt sie sich wohl schwerlich die Zeit, zu untersuchen, ob dasjenige, was gerade die finanziellen Zustände zu vertreten hat, auch in einem Zusammenhange steht mit den politischen Ursachen, welche eben mit zu den finanziellen Zuständen geführt haben, ob eine Maßregel, die vom formellen Standpunkte nicht gebilligt werden kann, sich nicht doch vielleicht an sich als eine zweckmäßige, nothwendige, als eine solche darstellt, wo unter verschiedenen Uebeln, die das Verhängniß mit sich brachte, das weniger drückende, das weniger empfindliche gewählt worden ist. Ich begreife, ich ehre diese Stimmung des h. Hauses; ich muß auch persönlich die Folgen hievon auf mich nehmen und enthalte mich, mit Worten Sie meiner constitutionellen Gesinnung zu versichern, die erst die That beweisen soll. Es hat einen österreichischen Finanzminister gegeben, welchem in den Honigmonaten des Verfassungslebens mit einem Vertrauen und einer Hingebung entgegengetreten wurde, die vielleicht in der parlamentarischen Geschichte gerade einem Finanzminister gegenüber ohne Beispiel dasteht. Ich will hier nicht weiter darauf eingehen, wie mit diesem unschätzbaren Capitale gewirtschaftet worden ist; vielleicht wird jetzt der umgekehrte Weg zum Guten führen, vielleicht wird es dem Träger des Finanzportefeuilles, wenn ihm der parlamentarische Anfang recht sauer gemacht sein wird, gelingen, durch Offenheit, Wahrheit und echte constitutionelle Gesinnung sich jenes Vertrauen zu erringen. (Bravo.) Wenn ich mir erlaubt habe, diesen meinen persönlichen Standpunkt hier mit kurzen Worten zu charakterisiren, so wird mir das h. Haus gestatten, über diejenigen Punkte des Adressentwurfes, welche finanzielle Gegenstände betreffen, im allgemeinen einige Worte zu sagen.

Gegen alles dasjenige, was im Entwurfe der Adresse in Alinea 25, 26, 27, 28 und 29 gesagt wurde, habe ich von meinem Standpunkte nichts einzumenden. Es hat der Adressentwurf die Lage des Reiches in finanzieller Beziehung als eine höchst ernste geschildert, und es wäre der Wahrheit ins Gesicht geschlagen, wenn nur irgend ein Versuch gemacht würde zu sagen: Nein, sie ist keine ernste. Andererseits ist der Geist und die Haltung der Adresse doch so, daß der Zukunft nicht abgesprochen wird, und daß gerade aus dem constitutionellen Principe, welches hier einen so prägnanten und kräftigen Ausdruck findet, die Hoffnung auf Besserung geschöpft werden muß.

Ich weiß nicht, ob überhaupt und welches Gewicht das h. Haus auf meine persönliche Meinungsäußerung legen wird; allein ich erlaube mir, mich auf den Eindruck zu berufen, welchen eben der Adressentwurf in der Geldwelt, in der Volkswirtschaft und namentlich in Börsenkreisen gemacht hat. Vor einigen Tagen noch war das Silberagio bedeutend höher, als es jetzt ist, und wenn ich auch dem h. Hause nicht die Schmeichelei sagen will, daß die besseren Curse durch den Reichsrath entstanden sind (Auf links: Nein!), weil der Geldmarkt überhaupt durch die Beendigung der Luxemburger Handel und durch die Zusammenkunft der Monarchen freundlicher geworden ist, so ist gewiß nicht zu unterschätzen, daß gerade die Verhandlungen des Reichsrathes beigetragen haben, diese gute Stimmung zu vermehren und zu heben. Insbesondere erlaube ich mir aber, das Alinea 24 hervorzuheben, welches lautet: „Schon beim Beginne der vorigen Session sprach das Abgeordnetenhaus Ew. Majestät freiwillig seine Ueberzeugung aus, daß die Finanzlage des Reiches eine sehr ernste sei, daß die stete Benützung des öffentlichen Creditbes auch in Jahren des Friedens zu schweren Bedrängnissen führen müsse und endlich zu unheilvollen Krisen führen könne.“

Die Citation eines Ausspruches, der damals in Europa die Runde machte, ist ein Beweis der Gerechtigkeit, mit welcher die Adresse abgefaßt wurde; sie beweist, daß man nicht die Absicht hat, dem gegenwärtigen, ja nicht einmal dem Eüstirungsministerium die ganze Verantwortlichkeit der Situation aufzubürden, sondern daß der Grund des Uebels weiter gesucht wird und in eine Zeit gelegt wird, in der die Reichsverfassung in

Wirksamkeit war, in der die Warnungen gegeben, aber nicht beachtet worden sind. (Bravo, sehr gut! im Centrum.)

Ich erlaube mir, dem Herrn Abgeordneten für die Handelskammer von Böhmen, welcher gestern als Minos, Aecus und Rhadamanth auftrat, dieses Alinea ergebenst zu seiner Würdigung zu empfehlen. (Rufe: Bravo! Sehr gut! rechts.) Anknüpfend an die Rede desselben hochgeehrten Herrn Abgeordneten erlaube ich mir, das h. Haus zu versichern, daß allerdings für die Bedürfnisse des laufenden Jahres in beruhigender Weise vorgesorgt worden ist. Insbesondere erlaube ich mir zu erwähnen, daß der Zulicoupon vollkommen gedeckt ist. (Bravo! rechts.) Es ist ein terminus fatalis, an welchen sich vielleicht manche der früheren Herren Abgeordneten erinnern werden. Diese Deckung der laufenden Bedürfnisse stützt sich vollkommen auf das Finanzgesetz des Jahres 1867, und ich habe keine Scheu, zu erklären, daß ich glaube, mich wirklich auf das Finanzgesetz stützen zu können, denn die Ausgaben werden in keiner Weise überschritten und die Ausweise haben es gezeigt, daß Ordnung und Sparsamkeit herrscht, und die Einnahmen sind auf die möglichst sicherste Basis gestellt worden, auf die Erfolge der Jahre 1864 und 1865 mit demjenigen verhältnißmäßigen Abzuge, welcher den Mindereinnahmen entspricht, die in Folge des letzten unglücklichen Krieges erwartet werden konnten. Daß im ersten Quartal die Steuern zurückgeblieben sind, ist keine besonders beunruhigende Wahrnehmung, denn diese wiederholt sich jedenfalls und hat zum Theile auch einen ganz einfachen technischen Grund, da von vielen Theilen der Einkommenszweige die Steuern posticipando entrichtet werden, so daß, wenn in einem Lande, wie Ost-Galizien, die Grundsteuern posticipando für ein Vierteljahr entrichtet werden, erst am 1. April die Steuerzahlung kommt und das erste Quartal in den Ausweisen nicht als vollkommen entrichtet erscheinen kann. Uebrigens habe ich die Beruhigung, daß im Monat April die Steuerzahlung sich bedeutend gebessert hat. Es liegen mir die Ausweise der Rechnungsabtheilungen vor, nach welchen die deutsch-slawischen Kronländer zusammen um 2,057.000 fl. mehr gezahlt haben, als es der Voranschlag für April auswies, und daß der Finanzverwaltung seit langen Jahren wieder das Vergnügen bereitet worden ist, daß gegen die Einnahmen des gleichen Monates im Vorjahre eine Besserung sich ergeben hat.

Diese Ausweise betreffen das Königreich Ungarn nicht, wo der Ausweis nur bis Ende März reicht; ich hatte aber Gelegenheit, neulich vom ungarischen Finanzlandesminister zu vernehmen, daß auch in Ungarn die Einnahmen etwas kräftiger fließen, und was merkwürdig ist, daß von allen Gefällen gerade das Tabakgefälle gegen das Vorjahr eine Zunahme zeigt, was daher kommt, daß der Begriff für Geseklichkeit in Ungarn ein so lebendiger ist, daß viele Leute, welche früher geschwärzten Tabak rauchten, sich jetzt des ararischen bedienen. (Heiterkeit.) Ich kann auch die Versicherung geben, daß eine gesteigerte Thätigkeit der Notenpresse über die Grenzen des Gesetzes vom 15. August in keinem Falle platzgreifen wird. Ebenso kann ich mit voller Vernunft versichern, daß die kostspieligen und dräuenden Depot- und Vorschußgeschäfte, bei deren Nennung es mir schwer fällt, meine Objectivität zu behaupten, nicht vorgenommen werden. Es sind noch dreierlei Vorschußgeschäfte im Zuge. Das eine betrifft die 30 Millionen Kriegsentuschädigung, welche an Preußen entrichtet wurden. Hievon sind bereits 15 Millionen abgestoßen und die Deckung ist durch die Bons der italienischen Regierung für die Entschädigung, die Oesterreich von Italien zu bekommen hatte, hergestellt. Das zweite Vorschußgeschäft, das abgeschlossen wurde, betrifft die Nationalbank, welche in den Unglückstagen des Juli 1866 von der kaiserl. Regierung genöthigt worden ist, 60 Millionen in Banknoten Vorschuß zu leisten, unter der Versicherung, daß binnen Jahresfrist vom abgeschlossenen Frieden diese Summe in Banknoten wieder zurückgestellt wird.

Nach den Vorkehrungen, welche das Gesetz vom 15. August getroffen hat, ist dies eigentlich nur ein Notenverwechslungsgeschäft und wird so abgewickelt, daß jetzt nur mehr 21 oder 22 Millionen aushaften und dießfalls durchaus keine Anstände bestehen.

Endlich ist noch mit dem letzten steuerfreien Anlehen ein Vorschußgeschäft verbunden, welches ich jeden Tag abzustoßen in der Lage bin; dieses Geschäft hängt mit Creditoperationen zusammen, deren Details uns jedoch zu weit führen würden.



Allerdings hätte die Finanzverwaltung jetzt die Gelegenheit, ein sehr vortheilhaftes Voranschlagsgeschäft zu machen. Dieser Tage sind mir 11<sup>0</sup> Millionen Gulden bar gegen 4 Perc. Interessen angeboten worden. Ich habe mich noch nicht entschlossen und würde es auch keinesfalls thun, wenn die Sache nicht vor den hohen Reichsrath gebracht und von demselben approbirt worden ist. (Zustimmung.)

Wenn ich sonach die augenblickliche Finanzlage betrachte, so ist sie durchaus nicht beunruhigend und ich glaube, daß die Thronrede mit Recht sagen kann, der hohe Reichsrath sei in der Lage, sich frei von Verlegenheiten und Forderungen des Moments mit den hochwichtigen Aufgaben zu beschäftigen, die seiner auch in finanzieller Beziehung harren.

Der Minister zeigt hierauf, daß noch viel zu thun bleibe, um eine dauerhafte Besserung der Staatsfinanzen zu erzielen, daß der Schwerpunkt auf den Ausgleich mit Ungarn fallen und von der Art und Weise, wie dieser ausfällt, die Existenz, die Erhaltung des Staatscredits abhängen werde.

Den Standpunkt, den die Regierung hierbei einnimmt, könne er in kurzen Worten bezeichnen. Er kann, wie dies in der Allerhöchsten Thronrede angedeutet wurde, nur der einer vollkommenen Unparteilichkeit, der Standpunkt der Reichseinheit und des Reichsinteresses sein.

Denn, ganz finanziell gesprochen, wenn zwischen zwei Theilen eine bisher gemeinschaftlich getragene Last vertheilt und in derselben Summe und Ziffer getragen werden soll, so ist es nothwendig, daß sie gleichmäßig vertheilt werde; denn derjenige Theil, dem zu wenig aufgebürdet würde, würde eben nur seinen zu gering bemessenen Antheil leisten, und derjenige, dem zu viel aufgebürdet würde, würde dasjenige, um was er überbürdet wurde, nicht leisten, und somit entstünde ein Deficit, das eben die Gesamtheit tragen müßte. Der Standpunkt vollkommener Unparteilichkeit ist also gegeben und wird eingehalten werden.

Nachdem der Minister hierauf die Beschleunigung des Zusammentretens der Delegationen als wünschenswerth erklärt und die Einwendungen der Abgeordneten Nyger und Hanisch widerlegt, geht er auf jene Punkte der Adresse über, in welchen dem Ministerium das tiefe Bedauern darüber ausgesprochen wird, „daß noch vor kurzem, ohne die Mitwirkung der Volksvertretung abzuwarten, außerordentliche Verpflichtungen für den Staatsschatz eingegangen und weitaussehende Unternehmungen begonnen wurden, welche große Ausgaben für die Zukunft in Aussicht stellten.“

Der Minister sagt hierüber:

Im Verlaufe der Debatte ist dieses Bedauern zu einem förmlichen Vorwurfe zugespitzt worden. Ich persönlich — und ich glaube, daß ich dabei wohl die Meinung der Gesamtregierung verrete — kann dieses Bedauern nur theilen. Es ist sehr bedauerlich, daß die Verfassungszustände so complicirt sind, daß nicht immer zu dem Nächstliegenden gegriffen werden kann. Wenn man bedenkt, daß das Zusammentreten des hohen Reichsrathes durch eine längere Zeit angekündigt war und daß daher Alles darauf gefaßt sein mußte, daß insbesondere in finanzieller Beziehung eine sehr ernste Prüfung werde vorgenommen werden, so wird doch wohl niemand annehmen, das Finanzministerium habe muthwillig die Verantwortlichkeit für Dinge übernommen, welche einfach nach dem gewöhnlichen bürokratischen Geiste bis zum Zusammenritte des Reichsrathes hätten verschoben werden können. Wenn jenes geschehen ist, so hat das tiefer liegende Gründe, und diese Gründe lassen sich deduciren von der einen Seite aus dem Axiom, daß das materielle Leben nicht stille steht und für dasselbe insbesondere nach einer Kriegsepoche und nach Leiden, wie sie über Oesterreich gekommen sind, unaufhaltsam vorgesorgt werden muß, und von der anderen Seite daraus, daß der hohe Reichsrath in Folge der Wichtigkeit seiner Verfassungsbeschäftigungen wohl nicht so schnell in die Lage gekommen wäre, concrete Fragen und vielleicht darunter solche in die Hand zu nehmen, über deren formelle Competenz gewiß von Seite der Regierung nicht der mindeste Zweifel ausgesprochen werden kann und darf, wo aber doch die Opportunität zu gebieten scheint, wenn es vermieden werden kann, nicht zu voreilig vielleicht einen Zankapfel in das Werk des Ausgleiches zu werfen.

Inwiefern es der Regierung und speciell dem Finanzministerium gelingen wird, die Indemnität einzuholen, wird sich wohl erst im weiteren Verlaufe ergeben, wo die Rechtfertigung vorgebracht und die betreffende Vorlage gewiß nicht in summarischen Ausweisen, nicht in bürokratischem Geiste, sondern mit Hinweisung auf die Forderungen des wirtschaftlichen Lebens wird geleistet werden. (Bravo! Bravo!)

**Ministerpräsident Freih. v. Reuß:**

Meine hochgeehrten Herren! Es ist heute das erste Mal, daß ich in dieser hohen Versammlung das Wort ergreife, und indem ich es thue, bin ich mir vollständig bewußt, daß es nicht eine leichte Aufgabe ist, der ich zu genügen habe.

Nicht Jahre, Monate nur sind es, nach denen ich rechne, nicht nur in der Regierung, die ich hier zu ver-

\*) In der gestrigen Tagesrevue war aus Versehen die Ziffer: sechs enthalten.

treten die Ehre habe, sondern im Reiche, dem anzugehören ich mich jetzt glücklich schätze, und zu dessen Vertretung ich schon nach so kurzer Zeit zu sprechen berufen bin.

Und bedarf es wohl eines Wortes über die Schwierigkeiten der politischen Lage, in der mir diese Aufgabe gestellt wird? Die Kundgebung, welche das hohe Haus zum ersten Gegenstande der Berathung macht, spricht sich ja deutlich genug hierüber aus.

Alein gleichwie diese Lage mich nie muthlos gemacht hat, sondern mir nur den ernststen Willen eingibt, meine schwachen Kräfte, so lange es mir vergönnt ist, der Anbahnung einer besseren Zukunft zu widmen, an die ich mit voller Ueberzeugung glaube, so trete ich getrost in die Mitte dieser hohen Versammlung mit dem festen Vertrauen, ich darf sagen mit der frohen Zuversicht, daß meinen Bestrebungen daselbst ein billiges Urtheil nicht fehlen, daß namentlich der Redlichkeit meines Willens Gerechtigkeit widerfahren wird. (Bravo! sehr gut!)

Hochgeehrte Herren! Mögen Sie diese Ansprache, mit der ich mich gewissermaßen in Ihre Mitte einzuführen für nothwendig halte, nicht mißdeuten; es ist weder falsche Bescheidenheit, noch Ueberhebung, die mich bestimmt, damit zu beginnen.

Der Gedanke, der mich leitet, ist der, daß ich wünschen muß, unter den unausbleiblichen Folgen persönlicher Verhältnisse nicht die Regierung, die ich verrete, und die Sache, die ich hier zu vertheidigen habe, leiden zu sehen.

Das hohe Haus wird vielleicht, und ich hoffe es, in seiner Mehrheit den Weg, den die Regierung zuletzt eingeschlagen, billigen, aber möge dasselbe es die Regierung nicht entgelten lassen, wenn deren erster Vertreter, welcher in dem kurzen Abschnitte seiner Thätigkeit seine volle Zeit den laufenden Geschäften unter ungewöhnlichen Umständen widmen und mit Personen und Dingen in ausgedehntester Weise sich bekannt machen mußte, nicht jene Specialkenntnisse in die Verhandlung bringt, die man unter anderen Verhältnissen von dem ersten Minister zu fordern berechtigt ist.

Gestatten Sie mir aber auch, diesem Bekenntnisse einer Unvollkommenheit eine andere Betrachtung zur Seite zu stellen, die vielleicht dieselbe in Ihren Augen etwas ausgleichen kann.

Ich wurde in dies große und schöne Reich berufen, um dessen auswärtige Politik zu leiten. Daß ich bei der Verfolgung dieser Aufgabe bald zur Ueberzeugung gelangen mußte, Oesterreichs Stellung nach außen, sein Einfluß, sein Credit sei nur dann wieder zu gewinnen und zu befestigen, wenn die angebahnte, aber noch ausichtslose Verständigung mit Ungarn zu einem entscheidenden Abschluß gebracht, gleichzeitig aber in den übrigen Ländern der Monarchie ein gesicherter verfassungsmäßiger Zustand wieder hergestellt und ein freisinniges Regiment zur Geltung gebracht wird, das, meine Herren, hat wesentlich zu der Wendung beigetragen, die seitdem eingetreten ist, einer Wendung, die Europa mit achtungsvollem Beifalle begrüßt hat und welche der Entwurf der Adresse im Großen und Ganzen als eine durch die Umstände gebotene und keineswegs ausichtslose annimmt.

Denn, meine Herren! wenn das hohe Haus, wie der Entwurf der Adresse ihm anrath, Tadel über Geschehenes verhängt, ernste Ermahnungen und Forderungen für die Zukunft stellt, so erblicke ich hierin ein Programm, welches lautet: Nicht rückwärts, sondern vorwärts. (Lebhafter Beifall von allen Seiten.)

Meine Herren! Die Regierung weist dieses Programm nicht von sich. Es wird darauf wesentlich ankommen, daß die Regierung und die Reichsvertretung über die Art und Weise, wie es zur Ausführung zu bringen sei, sich verständige, wozu vor allem die Herstellung eines vollständigen Ministeriums gehört, eine Vorbedingung, für deren Verwirklichung es an einer aufrichtigen Bestrebung nicht gefehlt hat.

Es ist dies eine Bemerkung, womit ich den Einreden eines der heutigen geehrten Vorredner entgegen zu sollen glaube. Aber, meine Herren, jedenfalls liegt hier ein Programm vor, und das hohe Haus würde ein solches Programm nicht aufstellen können, wäre nicht ein verfassungsmäßiger Boden da, auf welchem es in Angriff genommen werden kann. Und daß dieser verfassungsmäßige Boden wieder gewonnen ist, dafür darf ich allerdings für das jetzige Ministerium einen Antheil beanspruchen. Ich darf namentlich an das hohe Haus Berufung darüber einlegen, ob die constitutionelle Lage, wie das jetzige Ministerium sie herbeigeführt hat, den Namen verdient, den gestern ein geehrter Sprecher ihr beilegte, nämlich den einer steigenden Confusion. (Bewegung.)

Nun werden mir allerdings verschiedene der geehrten Mitglieder einwenden, ich hebe nur die Lichtseiten der Lage heraus und verschweige die Schattenseiten. Sie werden sagen, um welchen Preis ist denn die Wiederherstellung der Februarverfassung gewonnen?

Nun, meine Herren, ich habe nie ein Fehl daraus gemacht, der Preis ist der Ausgleich mit Ungarn, und ich erinnere mich sehr wohl, daß zu der Zeit, wo die neueste Wandlung in Oesterreich vorging, man diesen Preis nicht zu hoch fand, und doch kannte man das 6<sup>ter</sup> Elaborat, man wußte, daß das ungarische Ministerium

ernannt sei, man wußte, daß die ungarische Verfassung hergestellt werde.

Damals — ich erinnere mich dessen sehr wohl — herrschte in den Kreisen, welchen die Mehrheit dieses h. Hauses angehört, mehr Freude als Schmerz, mehr Hoffnung als Besorgniß.

Ich beklage mich nicht darüber, daß diese Stimmung sich geändert hat, es liegt im natürlichen Lauf der Dinge, daß das Gute bald vergessen und das Pästige mit jedem Tage mehr empfunden wird, allein was ich beanspruche, das ist ein unbefangenes Urtheil darüber, was geschehen ist, eine unbefangene Zubeachtung der Umstände und Verhältnisse, unter denen es geschehen ist.

Ich vernahm gestern mehrmals das Wort von Programmen und Experimenten der Regierung. Als ob in der ungarischen Frage es sich darum gehandelt hätte! Wir haben von zwei geehrten Vorsprechern eine sehr bededte Darstellung über die Vorzüge einer einheitlichen Gestaltung des Reiches, über die Nothwendigkeit einer alle Theile des Reiches umfassenden Executive, über das Bedürfniß einer strafferen Zusammenfassung aller Kräfte des Reiches vernommen.

Das ist gewiß alles sehr beachtenswerth und verwirklicht in der vollendetsten Weise das Ideal einer solchen Organisation, wie sie Oesterreich anempfohlen wird, um seinen einheitlich gestalteten, mächtigen Nachbarn ebenbürtig zur Seite zu treten. Allein die geehrten Herren scheinen mir dabei nur zu vergessen, daß Oesterreich anders zusammengesetzt und gestaltet ist, als diese mächtigen Nachbarn. (Bravo! rechts.) Es ist bemerkenswerth, daß dieselben Stimmen, welche immer und immer wieder als böse Propheten auf die zusammengepreßte, eingeeengte geographische Lage Oesterreichs hinweisen, zugleich verlangen, Oesterreich solle so vorgehen, wie jene Staaten, die zum Nachbar das Weltmeer haben, und es werden jene geehrten Sprecher mir erlauben, auf den Unterschied hinzuweisen, der in der geographischen Lage zwischen Ungarn und Irland und den Südstaaten der amerikanischen Union besteht. (Bravo!)

Also, meine Herren, es handelt sich, wie ich schon vorhin sagte, für uns nicht darum, nach einer gut ausgedachten Theorie das Beste zu thun, was überhaupt geschehen könnte, hier waren die Verhältnisse gegeben.

Ich habe gewiß am wenigsten den Beruf, über das mich anzusprechen, was in früheren Zeiten in Oesterreich geschehen ist; aber wenn ich Rechenschaft ablegen soll von dem, was ich selbst gethan habe oder habe thun helfen, so kann ich die Beweggründe, die mich bestimmten, eben so wenig als die Umstände übergehen, unter denen ich handelte, ich kann mit einem Worte den historischen Verlauf nicht ignoriren.

Und so darf ich denn fragen: War es meine oder des jetzigen Ministeriums Schuld, wenn zehn Jahre, welche nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes verstrichen, und in welchen die Einberufung eines ungarischen Landtages genügt hätte, um Ungarn in einer für die übrigen Theile der Monarchie vortheilhaftesten Weise zu befriedigen, unbenützt gelassen wurden? (Rufe: Sehr gut! Sehr wahr!) Bin ich dafür verantwortlich zu machen, wenn vier Jahre frischen constitutionellen Lebens in Oesterreich in der ungarischen Frage nur dazu führten, daß jener jetzt so verpönte Dualismus in der Weise schon damals hervortrat, daß der eine Theil, nämlich der diesseitige, verfassungsmäßig und der andere der ungarische, verfassungslos lebte? (Beifall rechts.) Und endlich ist, es mir beizumessen, wenn nach diesem allen der allerdings, wie ich glaube, unvermeidliche Schritt einer directen, gesonderten Verständigung mit Ungarn erfolgte und erfolgen mußte, wenn man den Haupthebel aus den Händen gab, um das diesseitige Interesse zu wahren, und den Reichsrath, der allein das gleichgewichtige, weil vollgewichtige Votum zu gewährleisten vermochte, außer Wirksamkeit treten ließ? (Beifall links.)

Meine Herren! Es haben sich allerdings die Daten in der Verfassungsgeschichte dieses Reiches so gehäuft, daß sie manchmal sich unwillkürlich verschieben. Ich hatte gestern die Ueberraschung, zu vernehmen, daß das jetzige Ministerium eigentlich auch am Verluste der Schlacht bei Königgrätz mitschuldig sei (Heiterkeit); denn ein geehrter Herr Redner sagte, nicht die Sistirung sei an dieser Niederlage schuld, sondern das Abgehen von der Sistirung. (Große Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, nach diesen drei Stadien, die ich eben hervorgehoben habe, war keine Wahl gegeben; nach diesen drei Stadien konnten die Sachen nicht anders kommen, als sie gekommen sind, und ich darf es noch immer als eine glückliche Wendung und ohne Anmaßung darf ich hinzufügen, ich kann es noch als ein Verdienst der Regierung bezeichnen, daß die Sache so gemacht worden ist, daß der Krone der Vortheil der freien Initiative gelassen wurde, und daß die neue Ordnung der Dinge in Ungarn mit einem Ministerium begonnen werden konnte, welches, gestützt auf die große und nationale Majorität, ein gemäßigtes, ein dynastisch gesinntes (Bravo rechts), ein gut ungarisch, aber auch gut österreichisch gesinntes ist. (Beifall.)

Wenn ich hier von der Unvermeidlichkeit des endlichen Ausganges spreche, will ich ganz absehen von den unglücklichen Zwischenfällen, die sich zutrugen, ich sehe ab von dem unheilvollen Kriege und dessen traurigem Ausgange, von einem Frieden, welcher Oesterreich die Anlehnung an Deutschland benahm, von der Schwäche,



die daraus hervorging, von der allgemeinen Muthlosigkeit, die sich dann verbreitete, von dem allen sehe ich ab. Was mir aber damals besonders entgegentrat und mir anschaulich wurde, das war Eines, daß nämlich wenn man mit einem Volke und einem Lande, welches seit Jahrhunderten Verfassung und Verfassungsleben mit der Muttermilch eingesogen hat, über Jahr und Tag über die Frage verhandelt, daß ihm und wie ihm seine Verfassung zurückzugeben sei, in diesem Lande, von dem Obersten bis zum Untersten herab — wie es auch der Fall war — die Ueberzeugung und Gewißheit Platz greifen mußte, daß ihm seine Verfassung nicht vorenthalten werden könne und unverkümmert zurückgestellt werden müsse, und unter solchen Umständen ist es etwas nicht ganz Geringes, daß die Sache sich so gestaltete, daß der ungarische Landtag nach Königgrätz mehr zugestanden hat, als er vor Königgrätz gethan hat.

Es mögen manche Details in diesen Verhandlungen wesentliche Lücken zeigen und gerechten Anfechtungen unterliegen, ich hatte, was die Details betrifft, damals diese Verhandlungen nicht in erster sondern im zweiten Linie zu leiten. Ich lehne deshalb durchaus keine Verantwortung von mir ab, aber ich bewahre aus dieser Zeit die Anschauung und Ueberzeugung, daß eine spröde Haltung von unserer Seite bessere Erfolge nicht erzielt, sondern den Abbruch zur Folge gehabt haben würde. Nach diesem Abbruch aber, meine Herren, hätte unvermeidlich ein Zustand eintreten müssen, zu dessen Aufrechthaltung es noch anderer Mittel bedurft hätte, vielleicht, ja wahrscheinlicher Weise, als Verfügungen der Centralregierung und Beschlüsse der Reichsvertretung, wenn diese einberufen worden wäre. Ich bin gewiß kein Schwarzseher. Sie werden diese Eigenschaft noch nicht an mir bemerkt haben, wäre ich es, ich stände nicht an diesem Platze, ich habe auch in anderen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gezeigt, daß ich vor äußersten Extremen und Eventualitäten nicht zurücktrete und sie aufnehme, aber jede gewissenhafte Regierung muß in solchen Lagen danach fragen, ob eine extreme und abnormale Lage zu vermeiden sei, und welche Kraft sie habe, um ihr gegenüber zu treten und wenn sie die Frage dahin beantwortet, daß die Lage zu vermeiden möglich sei und daß sie erstarben werde oder zu erstarben habe, so bleibt ihr keine andere Wahl zu treffen übrig, als diejenige Wahl, welche die Regierung getroffen hat.

Meine hochgeehrten Herrn! Ich kann nur lebhaft wünschen, daß Sie auf das gewissenhafteste und strengste den Aufgaben nachkommen, welche die Adresse sich selbst gestellt hat, daß auf der Grundlage der eingetretenen neuen Verhältnisse die diesseitigen Interessen gewahrt werden, so viel es immer geschehen kann, aber treten Sie nicht wieder auf das Terrain des Wartens. Damit ist wenig zu erreichen. (Bravo, sehr gut!)

Der europäische Umgestaltungsproceß, der wartet nicht, und die Reiche, die ihm gegenüber ihren Platz behaupten und befestigen wollen, sie müssen mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, nicht mit bloßen Theorien und Wünschen. (Bravo! Gut!)

Und nun noch eine Bitte, meine Herren! Lassen Sie nicht etwas in ihre Beratungen und in die Behandlung dieser Angelegenheiten eintreten, was ich so oft früher aus der Ferne in dem Vorgehen der kaiserlichen Regierung mit Schmerz beobachtete, weil ich wahrnehmen mußte, daß die besten und edelsten Absichten damit vereitelt werden: und das ist das zum Principe und zur Regel erhobene Mißtrauen.

Mißtrauen ist ein Gebot der Nothwendigkeit, aber als solches muß es anerkannt werden, nicht aber die Basis sein des Vorgehens im öffentlichen Leben. Und glauben Sie mir: Nach meinen Erfahrungen werden Sie mit einem vorsichtigen, auf Reciprocität basirten Vertrauen gegenüber der ungarischen Regierung und dem ungarischen Landtage weiter kommen, als mit einem zerschlagenden Mißtrauen.

Und lassen Sie mich noch eine Betrachtung daran knüpfen, die gewiß nicht unpraktisch ist und die nicht nur der Regierung die Absolution für die Vergangenheit erleichtern, sondern auch für die Zukunft eine praktische Lehre sein soll.

Bald, nachdem das Abkommen mit Ungarn getroffen war, ist bekanntlich der Luxemburger Conflict ausgebrochen. Ich darf es wohl dankbar annehmen, daß selbst der Adressentwurf für die kaiserliche Regierung ein anerkennendes Wort enthält, ich darf diesen freundlichen Ausdruck als nicht ganz unverdient bezeichnen.

Nun aber, meine Herren, glauben Sie wirklich, daß eine vermittelnde Macht in einer solchen Frage ihren Zweck damit erreicht, daß sie in mehr oder weniger gelungenen Noten den streitenden Theilen die Vorzüge des Friedens und die Nachtheile des Krieges zu Gemüthe führt, oder daß sie den Zweck damit erreicht, daß sie vielleicht eine glückliche Form für den strittigen Punkt aufzustellen weiß? Nein, der Haupthebel liegt darin, ob der Staat, der vermittelt, ein Factor in den Berechnungen des Krieges und Friedens für die streitenden Theile ist. (Bravo, sehr richtig!) Das hätten wir nun und nimmer hier erreichen können, wenn wir eine brennende, offene, innere Frage gehabt hätten, wie es noch vor wenigen Monaten die ungarische war. Und diesen Vortheil des getroffenen Ausgleiches bitte ich nicht zu gering anzuschlagen.

Ja ich gehe weiter, ich muß aus vollster Ueberzeugung die Meinung aussprechen, daß, wenn die Sache in der ungarischen Frage nicht so gestanden wären, wie sie eben gestanden sind, Oesterreich nicht nur nicht das dankbare Geschäft des Vermittlers überkommen hätte, sondern auch, daß wahrscheinlich heute der Krieg schon ausgebrochen wäre, weil es eben hier als Factor für die Berechnung des Krieges und nimmer in die des Friedens eingezogen worden wäre.

Ich erlaube mir noch einige Worte der Entgegnung auf die Aeußerungen der geehrten Mitglieder aus Krain.

Es haben diese geehrten Herren in verschiedenen Richtungen sich zu Vertheidigern des gesunkenen Systems gemacht. Ich erlaube mir schon vorhin zu sagen, daß es nicht mein Beruf sei, das anzugreifen, was vor mir geschehen ist, also um so weniger einer Vertheidigung dessen, was vorher geschehen ist, entgegenzutreten, allein ich muß doch entschieden widersprechen, wenn diese geehrten Herren zugleich darauf hindeuten, es bestehe auf Seite der Regierung gegen das slavische Element in Oesterreich, gegen die slavische Nationalität eine sehr fühlbare Abneigung, die sich als Tendenz documentire. Ich weiß sehr wohl, daß ich selbst nicht eine sehr beliebte Persönlichkeit beim slavischen Elemente für den Augenblick bin (Heiterkeit); ich beklage das sehr ernstlich, kann aber auch zugleich versichern, daß, was auch von dieser Seite geschehen möge, um diese Abneigung leicht hie und da zu documentiren, mich nie in der Objectivität meines Urtheil stören wird (Bravo, Bravo), allein meine Herren, nur soll man nicht behaupten, daß umgekehrt auf Seite der Regierung oder irgend einer Persönlichkeit eine vorgefaßte Meinung oder gar eine Abneigung besteht.

Man nannte die Auflösung der Landtage als Beweis dafür, daß man das slavische Element hätte entfernen wollen. Ja, meine Herren! wenn das der Gedanke der Regierung gewesen wäre, so hätte dieselbe den ersten Tag, wo das neue Regiment eingetreten war, anfangen müssen, die Landtage aufzulösen, um das zu thun; allein im Gegentheil, man ließ die Landtage bestehen, und es war dem slavischen Elemente vollste Chance gegeben, hier in Wien zu erscheinen und eine Majorität zu bilden. Daß es nicht davon Nutzen gezogen hat — ich habe es vielleicht nicht zu beklagen, aber wenigstens habe ich es Ihnen gegenüber nicht zu verantworten. (Bravo, Bravo! links. Große Heiterkeit.) Einer der geehrten Herren sprach davon, die Regierung habe Scheidewasser ausgegossen über den böhmischen Landtag. Ich weiß nicht, ob das gerade der richtige Ausdruck für Maßregeln ist, die verfassungsmäßig von der Regierung innerhalb der gesetzlichen Grenzen getroffen werden, das aber weiß ich, daß die Adresse, welche der Landtag an die Regierung brachte, ein Scheidebrief war, nicht ein Scheidewasser (Bravo!) und die Regierung glaubte, es sei gut, diesen Scheidebrief den Landtagen aus den Händen zu nehmen. (Sehr gut! Bravo links!)

Ich möchte aber recht sehr die geehrten Herren von dieser Seite (der Minister wendet sich zur Rechten) darauf aufmerksam machen, wie denn auch hier die tatsächlichen Verhältnisse liegen. Man hat lange geschrieben und gesprochen über die Art und Weise, wie sich schließlich die Dinge gestalten würden, es wurde darüber viel geschrieben und viel gezeifelt, ob der sogenannte verfassungsmäßige oder der namenlose Reichsrath zu Stande kommen werde; er ist zu Stande gekommen, er hat sich constituirt, er wird sich consolidiren (Bravo! links); das sollten die geehrten Herren nicht vergessen, und sollten weiter nicht vergessen, daß Wünsche und Hoffnungen, die sehr begreiflich sind, die aber nur entstanden, weil man sich von diesen verfassungsmäßigen Zuständen entfernt hatte (Oho! rechts), daß diese Hoffnungen und Bestrebungen, denen ich eine gewisse Berechtigung ja nicht abspreche, nur dann allein Befriedigung finden können, wenn diese Elemente sich den verfassungsmäßigen Zuständen wieder nähern, wenn sie hier in dem Hause den Platz suchen, wo in offener und loyaler Weise der Kampf ausgekämpft werden kann, wo jede Beschwerde vorgebracht werden kann (Sehr wahr! Centrum), und, meine Herren! Sie haben erst heute einen Redner von dieser Seite (links) gehört, der auf das wärmste für Ihre Rechte und Ansprüche sich ausgelassen hat — wenn dieser Weg eingeschlagen wird, bin ich überzeugt, daß gleichwie die Regierung, was ich verbürgen kann, auch der Reichsrath und das Haus der Abgeordneten namentlich Ihren Wünschen in der möglichsten Weise gerecht werden und jedenfalls mit Unparteilichkeit die vorgebrachten Beschwerden und Wünsche beurtheilen wird. (Bravo! links.)

Meine Herren, ich muß Ihnen noch Eines zu Gemüthe führen. Für jede Beunruhigung der Gemüther, wenn sie von innen heraus kommt, wird die Regierung, wie der Reichsrath ein aufmerksames, ein wohlwollendes Auge haben; für eine Beunruhigung der Gemüther aber, die von außen hineingetragen wird, für dieselbe wird die Regierung und die Reichsvertretung auch ein aufmerksames, aber ein strenges Auge haben! (Stürmischer Beifall von allen Seiten, Handklatschen.)

Es hat einer der geehrten Redner gesagt: Soll denn die Nationalitätenfrage, die ganz Europa bewegt, an Oesterreich spurlos vorübergehen? Nun, meine Herren, ich glaube dafür brauchen wir nicht zu sorgen

(Heiterkeit), aber sorgen wir dafür, daß sie gefahrlos an Oesterreich vorübergehe. Reichen wir die Hand der Versöhnung nach allen Seiten hin (Bravo links und im Centrum), und Europa wird uns danken, daß vielleicht Oesterreich es ist, welches die Nationalitätenfrage ihrer Hauptgefahr entkleidet und bewirkt, daß sie nicht mehr eine bewaffnete Beunruhigung, sondern ein Element der Beruhigung werde. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Berichterstatte Dr. Herbst wendet sich zuerst gegen jene Einwendung, die ein Redner (Toman) behauptete, das alte Thema der Verfassungsmäßigkeit. Dr. Herbst sagt: Dieser Abgeordnete nahm dem Reichsrathe das Prädicat der Verfassungsmäßigkeit. Mir scheint denn doch behauptet werden zu können, daß durch die Zurückweisung der Grundgesetze unserer Verfassung seitens Ungarns die Wirksamkeit derselben für jene Länder, in denen sie Geltung erlangten, doch nicht beseitigt werden könne; ich müßte sonst fragen: auf wen sollen denn diese Rechte übergegangen sein, welche die Grundgesetze einräumten? An die Landtage gewiß nicht! also an die absolute Gewalt! Was aber das für ein verfassungsmäßiger, freiheitlicher Fortschritt sein sollte, sehe ich nicht ein! (Heiterkeit.)

Derselbe Abgeordnete hat behauptet, daß das Princip der Sistirung ein gutes war, daß nur die Ausführung schlecht gewesen, und er lobt daher die Sistirung wegen des ihr zu Grunde liegenden Principes: „Begründung der Wohlfahrt.“ Ja, meine Herren! daß eine Regierung kommt und sagen wird: „Ich will nicht die Wohlfahrt begründen,“ das ist noch nicht dagewesen, und daß man sagt: Das Princip ist gut, weil es die Wohlfahrt begründen will, schlecht war es nur, weil es sie nicht begründet hat, das ist etwas sonderbar. (Große Heiterkeit links.)

Ich komme zur allerwichtigsten Frage, zur Frage des Ausgleiches. Hier scheint mir der Zuegang der Adresse ein ganz natürlicher zu sein. Es wird zunächst das Bedauern darüber ausgesprochen, daß es den legalen Vertretern der nichtungarischen Länder bisher nicht möglich war, sich bezüglich der zu treffenden Vereinbarung mit Ungarn zu äußern. Freilich wurde von einem Abgeordneten gesagt, die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung sei nicht möglich, insofern sie sich auf die partes adnexae beziehe. Wahrlich, es ist doch wunderbar, wie derselbe Herr Abgeordnete, der da behauptet, das Abgeordnetenhaus habe nicht einmal das Erste, was man überhaupt haben kann, den Namen, demselben auf einmal eine Action über die Grenze der von ihm vertretenen Länder hinaus vindiciren will; es solle entscheiden, ob die ungarische Verfassung gilt, weil sie die Rechte der Croaten verletzt! (Heiterkeit.) So entsteht ganz unabhängig von der Rechtsfrage die Frage: Was ist nun zu thun? Ich antworte darauf, in die Ausgleichsverhandlung muß jetzt jemand eintreten, der nicht das ungarische Interesse im Auge hat, sondern der das Interesse dieser hier vertretenen Länder im Auge hat, und dieser „Jemand“ sind wir. (Rufe links: Sehr richtig!)

Das einzige Mittel hiezu sind aber die Ausgleichsverhandlungen — denn als solche fasse ich die Sache auf. Darüber dürfte auch, wenn man die Sache genau nimmt, Einigkeit herrschen. Nur darüber herrscht Meinungsverschiedenheit, daß man sich fragt: Wenn die Verhandlungen zu keinem unsere Interessen währenden Resultate führen, was dann? Die Einen meinen daher, man müsse unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehen bleiben, um sich diesen Boden für den Fall des Rückzuges offen zu halten, wenn die Ausgleichsverhandlung zu keinem Ziele führt. Allein ein solcher Vorbehalt dürfte nur geeignet sein, den Beginn der Verhandlung selbst unmöglich zu machen, und diesen Vorwurf sollten wir denn doch nicht auf unser Gewissen laden.

Diese Frage darf bei dem Ernste unserer Lage überhaupt nicht so gestellt werden; unser aller Pflicht ist es zunächst, daß ein Boden der Versöhnung und Vereinigung gewonnen werde, auf dem die Wahrung der Interessen aller Theile der Monarchie möglich ist, und dies geschieht eben durch die Ausgleichsverhandlung. (Beifall.)

Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident Freiherr v. Beust theilt sodann dem Hause eine laif. Botschaft mit, durch welche der Reichsrath zur Krönung eingeladen wird, worüber das Haus in vertraulicher Sitzung sogleich nach Schluß der öffentlichen zu berathen beschließt.

Präsident bestimmt die nächste Sitzung mit Rücksicht auf die große Zahl der noch eingeschriebenen Redner (28) für heute Abends 8 Uhr (Zustimmung), und ersucht die Ordner, die Räumung der Galerien zu veranlassen.

Schluß der (öffentlichen) Sitzung 2 Uhr 35 Minuten.

Zu der hierauf abgehaltenen vertraulichen Sitzung wurde beinahe einstimmig der Beschluß gefaßt, daß das Haus das Präsidium ersuche, als Deputation desselben der Krönungsfeier beizuwohnen, und daß es ferner jedem Abgeordneten freistehe, sich dieser Deputation anzuschließen.



## 6. (Nacht-) Sitzung des Abgeordnetenhauses am 4. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Beust, Ritter v. Komers, Freiherr v. Becke, Graf Taaffe.

Präsident eröffnet die Sitzung um halb 9 Uhr Abends.

Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Komers theilt mit daß die Regierung beabsichtigt, noch in dieser Reichsraths-session ein Strafgesetz, eine Strafproceßordnung, eine Civilproceß- und Concursordnung, ein Gesetz über Abhandlung der Verlassenschaften und über Behandlung der Pflögschaften, eine Grundbuchordnung, ein Gesetz zur Einführung der Friedensgerichte, ein Gesetz über die Stellung der Richter und den Organisationsentwurf für die Gerichte dem Hause vorzulegen. (Bravo.)

Sobin fährt der Herr Justizminister fort: Ich muß es dem erleuchteten Ermessen des h. Hauses anheimstellen, welche Zeit dazu benöthigt würde, solche umfangreiche Gesetze durchzuerathen, wenn dabei die Vorschriften der Geschäftsordnung strikte beobachtet würden. Aber ich erlaube mir noch Folgendes zu bemerken: Sowohl im früheren Abgeordnetenhaus, als auch in den Landtagen aller Königreiche und Länder ist der lebhafteste Wunsch nach Trennung der Justiz von der Verwaltung und nach Einführung der Geschworenengerichte ausgesprochen worden. Es hat ferner das frühere Abgeordnetenhaus eine Regierungsvorlage über die Organisation der Gerichte abgelehnt, und zwar aus dem Grunde abgelehnt, weil es von der Ansicht ausging, daß man früher die Gesetze kennen müsse, bevor man den zu ihrer Handhabung notwendigen Apparat zu schaffen vermag. Endlich hoffe ich auch in diesem h. Hause jenen wohlwollenden Gesinnungen für den Richterstand zu begegnen, welche sich in dem früheren Abgeordnetenhaus, in den Landtagen und in der Tagespresse kundgaben und welche es lebhaft befürworteten, die materielle Lage des Richterstandes in einer Art zu verbessern, die seinem wichtigen und schweren Berufe entspricht und gleichzeitig seine Unbefangenheit mit neuen Bürgschaften umgiebt (Bravo, Bravo.) Und doch kann an die neue Organisation und die damit zusammenhängende Verbesserung nicht gleichzeitig ohne vorhergehende Verathung der neuen Gesetze gegangen werden. Diese sind die Gründe, welche die Regierung veranlassen, den neuen Gesetzentwurf über die Behandlung umfangreicher Gesetzentwürfe einzubringen, und indem ich die Ehre habe, denselben auf den Tisch des h. Hauses niederzulegen, knüpfe ich daran die Bitte, wegen der verfassungsmäßigen Behandlung desselben das Geeignete zu veranlassen indem ich es dem Ermessen des h. Hauses anheimstelle, ob nicht selbst bei dieser Verathung eine Abkürzung der von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Vorgänge einzuleiten wäre. (Bravo, Bravo.)

Präsident erklärt die Behandlung dieser Regierungsvorlage auf die morgige Tagesordnung stellen zu wollen.

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht die Specialdebatte der Adresse.

Zu der ersten Alinea ergreift Graf Adam Potocki das Wort.

Er wendet sich dagegen, daß die Verfassung als „wiederhergestellt“ bezeichnet werde. Man möge die Cistirungspolitik nicht ohne weiters verdammen, sie sei eine nothwendige und namentlich für die finanziellen Angelegenheiten heilsame Maßregel gewesen. Die Cistirung der Februarverfassung dauere übrigens noch theilweise fort, namentlich Ungarn gegenüber, den finanziellen Angelegenheiten und allen jenen Gegenständen gegenüber, welche gemeinsame Angelegenheiten sind. Er werde deshalb gegen die ersten fünf Absätze der Adresse stimmen.

Berichterstatter Dr. Herbst replicirt unter lebhaftem Beifall des Hauses, worauf Absatz 1 mit großer Majorität angenommen wird. (Dagegen die Polen und Slovenen.)

Zu Absatz 2 spricht

Abg. Guszalewicz (Ruthene): Er betont, daß seine Nationalität stets an der Verfassung festgehalten, und schildert, wie sehr die Ruthenen durch die Cistirungspolitik gelitten haben. Wäre es so fort gegangen, es wäre ihnen nichts übrig geblieben, als den Wanderstab zu ergreifen und in die Ferne zu gehen. (Rufe von polnischer Seite: Nach Moskau.) Die Ruthenen hoffen von dem Hause eine Verbesserung ihrer Lage.

Abg. Sawczhuski (ebenfalls Ruthene) replicirt dem Vorredner, giebt einige Details und fragt schließlich, woher denn der Vorredner das Recht nehme, über Bedrückung der Ruthenen zu klagen?

Abg. Bawicz bestätigt die Angaben seines Vorredners.

Nach einer kurzen Bemerkung des Berichterstatters wird Absatz 2 von derselben Majorität angenommen, ebenso ohne Debatte die Absätze 3 bis incl. 7.

Gegen den Absatz 8 ergreift Abg. Andriewicz das Wort, um dagegen zu sprechen, daß der Ausgleich als eine Thatsache bezeichnet werde. Er stellt ein diesbezügliches Amendement.

Abg. Wolfrum tritt für diesen Absatz ein, indem er sich für den Dualismus erklärt. Nicht nur der

Ausgleich thue den volkswirtschaftlichen Interessen beider Reichshälften noth, sondern auch Eintracht.

Nachdem noch Abg. Freiherr v. Kübeck für diesen Absatz das Wort ergriffen, wird derselbe angenommen.

Den Absatz 9 glaubt Abg. Graf Adam Potocki in Consequenz des von ihm früher Gesagten nicht unterstützen zu können.

Dieser Absatz wird mit großer Majorität angenommen. (Dagegen die Rechte.)

Ebenso wird Absatz 10 mit Majorität angenommen. (Auch die Rechte stimmen dafür.)

Zum Absatz 11 ergreift Dr. Lapenna das Wort und will bloß constatiren, daß seit dem Jahre 1797 das von ihm vertretene Königreich Dalmatien immer mit der westlichen Hälfte in Verbindung stand, und auch weiter entschlossen sei, sich von diesem Verbande nicht loszulösen (Bravo links.) Da dieser Gedanke im Absatz 11 seinen Ausdruck fand, so müsse er für denselben stimmen.

Abg. Dr. Zailner: Aus dieser Alinea geht hervor, daß diejenige Partei, die den Ausgleich mit Ungarn als nothwendig erkennt, durchaus gewillt ist, die Interessen der Reichshälfte ohne weiters preiszugeben.

Der Grundton des 67er Elaborats ist das Mißtrauen gegen die westliche Reichshälfte, dieses Mißtrauen zu beseitigen ist unsere Aufgabe, und ich glaube, daß dieses Ziel auch bei vollständiger Wahrung der Rechte und Interessen der von uns vertretenen Länder erreicht werden kann.

Abg. Dr. Mühlfeld: Mein Standpunkt soll bezeichnet werden durch denjenigen Punkt, von dem ich ausgehe, und durch dasjenige Ziel, nach dem ich strebe. Mein Ausgangspunkt ist die Februarverfassung, sie ist unser Recht, die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung ist für uns keine Rechts- sondern eine Thatsache.

Wir haben der Krone gegenüber daselbe Recht auf unsere Verfassung, wie die ungarische Nation gegenüber derselben Krone auf ihre Verfassung.

Eine Collision der Rechte und Pflichten kann daher nicht auf unserer Seite, sie kann nur auf Seite der Krone entstehen. Nicht aber bloß der Rechtsstandpunkt, sondern auch die Klugheitsrücksichten veranlassen mich, von diesem Punkte auszugehen, damit, wenn der Ausgleich, was Gott verhüten möge, nicht zu Stande kommt, wir nicht jedes Bodens bar sind, auf dem wir unser Recht noch geltend machen können. So viel über den Ausgangspunkt, von dem ich ausgehe.

Mein Zielpunkt aber ist, die Krone von jener Collision zu befreien, in der sie durch ihre Räte getragen wurde, die Grenze unseres Handelns aber ist dort zu suchen, über die hinaus die Existenz der Gesamtmonarchie aufhört. — Da aber diese Alinea nur eben diesen Sinn zu haben scheint, so stimme ich für dieselbe. (Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Alineas 11 und 12 angenommen.

Präsident schließt sodann die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Nachts. — Nächste Sitzung: Morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: Erste Lesung der heute eingebrachten Regierungsvorlagen, beziehungsweise Wahl des Ausschusses für dieselben.

Fortsetzung der Specialdebatte über die Adresse.

## Tagesneuigkeiten.

— (Aus Wien.) Als Deputation der Stadt Wien gehen zur Krönung nach Pest der Bürgermeister und fünf Gemeinderäte. — Dem Gemeinderathe ist im Wege des k. k. Ministeriums des Innern das Project eines höheren Militärs zur Regelung des Wienerflusses zur Begutachtung übergeben worden, und wurde der Baucommission zugewiesen. — In seiner Sitzung am 4. d. M. erklärte sich der Gemeinderath auf Antrag Hügel's damit einverstanden, daß einleitende Schritte geschehen, damit das nächste deutsche Schützenfest im Jahre 1868 in Wien abgehalten werde.

— (Neue Art Hochverrath.) Damit der „Verschwörung“ in Hannover der Humor nicht fehle, haben die Preußen nun auch eine hochverräterische Frau nach Minden abgeführt. Der Hochverrath derselben bestand darin, daß diese Frau, eine Waisfrau, am Geburtstage König Georg's gelben und weißen Sand vor ihre Thür gestreut hatte.

— (Berliner Lad.) Auf der Pariser Ausstellung hat ein Berliner Ladefabricant die Schwierigkeit, seinem unscheinbaren Fabricate allgemeine Beachtung zuzuwenden, folgendermaßen zu überwinden gewußt: Er hat an seinem Stande ein Tableau anbringen lassen, auf welchem Napoleon III. und Bismarck, sich die Hände reichend, dargestellt sind; dieses Tableau ist mit dem Lade des Berliner's glänzend lackirt, und darunter steht in französischer und deutscher Sprache: „Dieser Lad hält besser als der englische.“ Jeder bleibt stehen, liest, lacht, geht und erzählt's weiter, und der Berliner Lad ist somit aller Welt bekannt geworden.

## Locales.

— (Localpolizeiliche Amtshandlungen) wurden im Monate Mai d. J. folgende vorgenommen: 5 Brothbäckerei-Revisionen, 12 Fleischnachwägungen, 8 Schlachtlocalitätenrevisionen, 13 Confectionen von Waagen und Mäßen, 6 Anstände wegen Standausstellung, eine Bestrafung wegen Uebertretung der Reinlichkeitsvorschriften, 2 Hausdurchsuchun-

gen, 163 Verhaftungen, 40 Anzeigen an die Strafgerichte, eine Abstrafung eines Ziafers, 3 Abstrafungen wegen Nicht-zuhaltung der Sperrstunde, 68 Abstrafungen wegen Bettelns, 75 zwangsweise Entfernungen und 52 andere localpolizeiliche Abstrafungen.

— (Die Bürgermeisterwahl) wird sicherem Vernehmen nach am 12. d. M. stattfinden.

— (Vadeplaz.) Laut Kundmachung des löblichen Stadtmagistrates ist auch heuer wieder das öffentliche Baden nur oberhalb der Kolesiemühle im Gradaschabache gestattet und wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Badenden mit anständiger Verhüllung versehen sein müssen.

— (Zur Nachahmung bestens empfohlen.) Legten Sonntag hielt, wie die „Klagenf. Ztg.“ berichtet, der landwirtschaftliche Gauverein St. Veit in Kärnten eine Versammlung, bei der die vorzüglichsten Viehzüchter und brave Dienstboten prämiirt wurden. Der Director der Landwirtschaftsgesellschaft, Dr. Burger, der Kanzler Dr. Ernst Edlmann und einige Mitglieder des Centralausschusses, sowie eine große Anzahl von Gästen und Landwirthen waren zu dieser Feier erschienen. Der Vorstand, Herr Hoch, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er auseinanderlegte, wie unzweckmäßig es sei, Vieh auf Märkten oder Ausstellungen zu prämiiren. Bei diesen Gelegenheiten erhält nur selten der eigentliche Viehzüchter die Prämie, die gewöhnlich einem Händler zufällt. Auch erhält man dadurch nie ein wahres Bild des Standes der Viehzucht. Der Gau hatte demnach beschlossen, Commissionen zusammenzusetzen, welche alle besseren Wirthschaften in Bezug auf ihre Acker-, Wiesen- und Futterbauflächen, ihren Viehstand, den Ernährungszustand, die Reinlichkeit im Stalle, die Art der Streue und der Fütterung untersuchten. — Unter 59 Besitzern, welche zusammen einen Viehstand von 18 Stieren, 330 Ochsen, 366 Kühen und 918 Stück Jungvieh auswiesen, wurden 28 als vorzügliche Viehzüchter erkannt und mit einem Belobungsschreiben von Seite der Landwirtschaftsgesellschaft ausgezeichnet. Hierauf wurden 23 männliche und weibliche Dienstboten, welche sich durch langjährige, treue und fleißige Dienstleistung ausgezeichnet hatten, öffentlich belobt und je mit 2 fl. in Silber theilte. Außerdem wurde jedem derselben ein Belobungsschreiben in sein Dienstbotenbuch geheftet, gewiß die beste und zweckmäßigste Empfehlung eines Dienstboten. Schließlich ertheilte der Landwirtschaftsdirector Herr Dr. Burger manche praktische Winke für die Landwirth und ermunterte die Anwesenden zur Ausdauer und zum Vortwärtstreben, mit den Worten schließend: Wir müssen lernen und arbeiten. Den Schluß des Festes bildete eine Bewirthung der ausgezeichneten Dienstboten. — Solche Versammlungen sind wohl vor allem geeignet, den Landmann den praktischen Nutzen des Vereinslebens kennen und würdigen zu lehren.

## Aus der Sitzung des Gemeinderathes vom 6. Juni.

Vorsitzender: Dr. Drel als Vicebürgermeister. Regierungskommissär: Regierungsschreiber Hotzschewar.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Genehmigung der Wahlergebnisse. Ueber Vortrag der betreffenden Referenten werden die unseren Lesern ohnehin bereits bekannten Resultate der letzten Ergänzungswahlen von 12 Gemeinderäthen einstimmig genehmigt.

GN. Bürger referirt sodin über das dem Magistrate von der hohen Landesregierung zur Einsichtnahme und Erstattung der Aeußerung zugemittelte Project des Codelli'schen Durchflusses, für welchen an Uferschutzbauten 4632 fl. und an Planungsarbeiten 300 fl. veranschlagt sind. Die Section stellt den Antrag, der Gemeinderath wolle dem Projecte im Interesse der Morastentwässerung die Genehmigung ertheilen und die Bereitwilligkeit zur Concurrentleistung aussprechen. Nachdem Dr. Drel die Nothwendigkeit dieser Arbeiten hervorgehoben, Dr. Costa die Aufklärung ertheilt, daß  $\frac{2}{3}$  des Concurrentbeitrages das Reich,  $\frac{1}{3}$  die Stadt Laibach und die concurrentpflichtigen Grundbesitzer zu tragen haben, wird der Antrag der Baucommission einstimmig angenommen. Dr. Drel ergreift sodin das Wort, um aus Anlaß der Regulirung des Laibachflusses auf die Nothwendigkeit einer Regelung des Gradaschabaches aufmerksam zu machen und den Antrag zu stellen, diesen Gegenstand der Baucommission zur weiteren Veranlassung zuzuweisen.

Der auf der Tagesordnung stehende Bericht über einen Recurs in einer Bauangelegenheit wird über Antrag des Herrn Dr. Costa bis zur vollständigen Constituirung des neuen Gemeinderathes vertagt, und es referirt Herr GN. Bürger über eine Dolomitschotter-, Sand- und eine Holzlieferung, und es werden die bezüglichen Verdienstbeträge mit 582 fl. für Herrn Carl Peterza und 39 fl. für Herrn Lauscher genehmigt. GN. Auer bringt sodin Mauthausstände an der Triester Linie für Wirthschaftsfuhren zur Sprache, zu deren Behebung sich der Bürgermeister Dr. Costa seinerzeit an die Verzehrungssteuerpachtung, jedoch wie es scheint, ohne Erfolg gewendet hat.

Schließlich spricht Herr GN. B. C. Supan den Wunsch aus, die Baucommission möchte die nöthigen Vorkehrungen treffen, daß eine Bade- und Schwimmstange als ein allgemein empfundenes Bedürfnis errichtet werden möchte. Herr GN. Kost theilt uns aus diesem Anlasse mit, daß der Herr Oberrealschulprofessor Dzialowsky sich bereit erklärt habe, gegen einen angemessenen Beitrag von Seite der Stadt eine Bade- und Schwimmstange auf seinem Besitzthum an der Laibach zu errichten.

Somit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen.



### Telegramme.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 6. Juni. Ihre k. Hoheit Erzherzogin Mathilde ist heute früh 6 Uhr gestorben; die Krönung wird dessen ungeachtet am 8. Juni nach dem festgesetzten Ceremoniell stattfinden, jedoch werden alle Freudenfeste entfallen. — Die neuerdings circulirenden Gerüchte über ein schreckliches Ende des Kaisers Max durch Juaristische Banden ermangeln bis jetzt der Bestätigung, was hoffen läßt, daß selbe unbegründet sind.

Ofen, 6. Juni, 12 Uhr Mittags. Soeben fand der Empfang sämmtlicher Mitglieder beider Häuser des Landtages bei Sr. Majestät behufs Rückgabe des Inauguraldiploms und Festschließung des Krönungstages statt.

**Wien**, 6. Juni. (Tr. Btg.) Mittwoch-Herrenhaus. Die Adreßdebatte wurde fortgesetzt. Thun spricht gegen, Gablenz für die Adresse, Goluchowski vertheidigt die Sistrungsacta, räth jedoch, die Bruderhand beorgnisslos zum Ausgleiche zu reichen. Hierauf Schluß der Generaldebatte. Benst weist in beifälligst aufgenommener Rede auf seine Unterhausrede hin, auf das höhere Vertrauen, welches Oesterreich auswärts genießt; die Reichsrathscompetenz sei nicht Regierungsfrage, sondern Sache des Hauses. Wenn des Herrenhauses Devise Vorwärts werde es nach oben und unten wirken können und den Dank der Regierung und des Volkes einernnten. Hierauf erfolgte die Specialdebatte und Schließlich die Adressannahme bei dritter Lesung mit großer Majorität. — Unterhaus. Tags- und Nachsitzung. Schindler fordert die Sistrung des Wehrgesetzes und der Arbeiten zur Befestigung Wiens bis zur Beistimmung des Reichsrathes. Der Kriegsminister rechtfertigt den Vorgang der Regierung. Greuter und Zäger sprechen für Aufrechthaltung des Concordats. Mühlfeld in beifälligst aufgenommener Rede gegen das Concordat, er verlangt die confessionnelle Gleichberechtigung. Die Reden Plener's, Skene's, Biehofs und Winterstein's gegen das die Finanzen betreffende Alinea wurden vom Finanzminister widerlegt und um 11½ Uhr Nachts die Adresse mit allen gegen 2 clericalc Stimmen angenommen. Sämmtliche Stenographen stimmen für die Adresse.

**Prag**, 5. Juni. (Frdbl.) In der Střechowsky'schen Druckerei erscheint morgen ein deutsches, den czechischen Bestrebungen gewidmetes Journal, betitelt: „Nationalzeitung.“ Als Herausgeber ist Kottet genannt. Die „Narodni Listy“ empfehlen das russische Sprachstudium, damit die Slaven sich untereinander besser verständigen können.

**Feft, 5. Juni.** In der Magnatentafel wurde der Gefegentwurf in Betreff der Inarticulirung der Abbanfungsurkunden in beiden Leſungen angenommen, worauf der Präſident die Mitglieder der verſchiedenen Krönungsdeputationen ernannte.

**West, 5. Juni.** In beiden Häusern des Landtages wurden die Mitglieder der mit Ueberreichung des Inauguraldiploms betrauten Deputation aufgefordert, sich heute 4 Uhr beim Minister des Inneren zu versammeln, um von da zu Sr. Majestät sich zu begeben, wo der Empfang um 5 Uhr stattfindet. In beiden Häusern findet morgen um 10 Uhr Sitzung statt, zu welcher die Mitglieder in Gala zu erscheinen aufgefordert wurden, da die Abgeordneten um 12 Uhr, die Magnaten um 1 Uhr Sr. Majestät in corpore ihre Aufwartung machen. In der Deputirtenversammlung wurde eine aus 23 Mitgliedern bestehende Deputation vom Präsidenten designirt, welche Ihren kais. Hoheiten den Herren Erzherzogen ihre Aufwartung machen wird. Heute Nachmittags 3 Uhr wird eine Deputation der Augsburger Kirche Sr. Majestät für die Zurücknahme des Protestantenpatentes ihren ehrfurchtsvollsten Dank abtathen. — Heute Morgens sind die Botschafter Frankreichs, Englands und der Pforte und der spanische Gesandte hier eingetroffen. — In der heutigen Sitzung des städtischen Repräsentantenkörpers wurde die Antwort des Wiener

**Börsenbericht.** Wien, 5. Juni. Die Börse war für  
mäßig. Geld flüssig.

Magistrate auf die Einladung der Stadt Pest verlesen und mit lauten Freudenbezeugungen aufgenommen. — Der Fackelzug unterbleibt auf Wunsch Ihrer Majestäten. Das Volksfest ist auf Mittwoch verschoben.

Peß, 5. Juni. Die mit der Ueberreichung des Inauguraldiploms betraute Deputation versammelte sich im Präsidialbureau des Ministeriums des Innern und fuhr, nachdem der Primas die an Se. Majestät zu richtende Ansprache vorgetragen, in die Burg. Bald nach dem Eintreffen der Deputation im Thronsaale erschien Se. Majestät mit dem Hofstaate. Es schritten voran die Obersthürsteher, der Obersthofmeister, ein Träger des Apostolischen Kreuzes und der Oberstallmeister Graf Emerich Bathany mit dem Reichsschwert. Zum ersten Male erschienen auch die ungarischen Gardien. Se. Majestät in ungarischer Marschallsuniform nahm auf dem Throne Platz, worauf der Primas ungefähr folgendes sprach: Die von Ew. Majestät im December 1865 einberufenen Magnaten und Stände halten endlich den heißersehnten Augenblick für gekommen, die Bitte vorzubringen, daß Ew. Majestät Sich mit der Krone des heil. Stephan krönen zu lassen geruhten. In der Zuversicht, daß Ew. Majestät diesem Wunsche der treuen Stände Genüge leisten, hat der Landtag das Inauguraldiplom vorbereitet, und die Deputation legt dasselbe mit homagialer Treue auf den Stufen des Thrones nieder. Der Primas näherte sich hierauf dem Throne und überreichte das Diplom mit einer Kniebeugung. Se. Majestät antwortete kurz: Er fühle sich glücklich, dem Wunsche des Landes Folge zu leisten; auf das Diplom werde er morgen Antwort ertheilen. Diese Worte wurden mit begeistertem Elan aufgenommen. Darauf entfernte sich Se. Majestät unter Vorantritt des Hofstaates und des Ministeriums.

**Ofen, 5. Juni.** Um 3 Uhr war heute Empfang der sehr zahlreichen Deputation von Protestanten aus allen Theilen des Landes, der sich sämtliche protestantische Landtagsmitglieder anschlossen. Se. Majestät erwiderten die warme und lange Ansprache des Deputationsführers Pronah folgendermaßen: „Gerne habe Ich die Wünsche Meiner getreuen protestantischen Unterthanen erfüllt, und Ich war um so geneigter dies zu thun, weil Ich die Erwartung hege, daß Sie bei der Durchführung dieser Meiner Entschließung auch gegenüber denjenigen Ihrer Glaubensgenossen, welche hiedurch näher berührt werden, im Geiste des Friedens und mit möglichster Schonung ihrer religiösen Gefühle vorgehen werden. Ich wünsche aufrichtig, daß derart die religiöse Ruhe und der Friede im Schooße Ihrer Kirche wieder hergestellt und befestigt werde, und in der Hoffnung dieses Erfolges nehme Ich Ihre soeben ausgesprochenen Dankesworte wohlgefällig entgegen.“

**Agram, 5. Juni.** (Deb.) Die Landesmunicipien manifestiren soeben ihre unionistische Gesinnung durch die Wahl der Krönungsdeputation. Bis heute haben die meisten Municipien gewählt. Heute erhielt das Pozeganner Comitatz von der russischen Regierung für die südslavische Akademie ein Geschenk von einer Million Rubel.

**Berlin**, 5. Juni. (N. Fr. Pr.) Laut der „Post“ werden die sogenannten brandenburgischen Gemächer des Residenzschlosses zur Aufnahme des Kaisers Napoleon hergerichtet.

Berlin, 5. Juni. (N. Fr. Pr.) Die Besteuerung des Salzes, des Zuckers und Tabaks wird für den gesammten Zollverein eine gemeinsame; die Minister der süddeutschen Staaten haben die hierauf bezüglichen preussischen Vorschläge als Grundlage weiterer Verhandlungen angenommen.

**Paris, 5. Juni.** (N. Fr. Pr.) Gestern wurde eine Anzahl Demonstranten gegen den Czar verhaftet. Die Börse war von diesen Vorgängen sehr unangenehm berührt.

London, 5. Juni. Den im Blaubeuche über die Luxemburger Angelegenheit enthaltenen Depeschen zufolge behauptete Kaiser Napoleon anfangs, Holland befige das absolute Recht, Luxemburg an Frankreich abzutreten; derselbe versicherte Lord Comley schon am 19.

April, er würde unter keiner Bedingung einen Gebietszuwachs annehmen. Graf Bismark bedeutete gleichzeitig Lord Loftus, Preußen könne nimmermehr die Festung Luxemburg räumen; derselbe sagte jedoch demselben am 26. April, Preußen werde auf der Konferenz behufs Erhaltung des Friedens zugestehen, was vor der Konferenz zuzugestehen unmöglich war.

**New-York**, 4. Juni. Der Ausschuss hat beschlossen, Johnson eine Rüge zu ertheilen, ihn aber nicht wegen Pflichtverletzung anzuklagen.

### Telegraphische Wechselcourse

5perc. Metalliques 60.30, — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 62.25. — 5perc. Rational Anlehen 70.10. — Bank-actien 726. — Creditactien 184.50. — 1860er Staatsanlehen 88.50. — Silber 123.25. — London 125 50. — R. f. Ducaten 5.91.

Geschäfts - Zeitung.

**Die Preßburger Versicherungsbank „Hungaria“** hielt am 30. Mai ihre Generalversammlung. Die Actionäre wilsigten darin, daß zur sofortigen Tilgung des Verlustes die durch die Actionäre geleistete letzte dreißigprocentige Einzahlung als nicht geschehen erklärt und annullirt, somit die bei der Bank erliegenden Schuldscheine auf die ursprüngliche Höhe von 700 fl. per Actie gebracht und so das Actiencapital wieder vollständig completirt werde. Durch die jetzt eingezahlten 30 Percent per Actie gelangte die Bank in den Besitz der nöthigen Barfonds, — durch die Annullirung dieser Einzahlung zu einem completirten Actien-Capital, — ihre gegenwärtige Leitung erwies sich als eine energische und sachmännische. Das Vertrauen, das die Actionäre durch diese Maßregel dargelegt haben, wird auch das erschütterte Vertrauen des Publicums wieder kräftigen. (Br.)

**Ökonomische Gesellschaft in Agram.** In der letzten Versammlung der ökonomischen Gesellschaft in Agram kamen besonders die Geldverhältnisse der Gesellschaft zur Sprache. Der Stand der Gesellschafts-cassie erwies sich als ein sehr betrübender, theils deshalb, weil die Mitglieder ihre Beiträge nicht regelmäßig entrichten, theils weil die Subvention der Gesellschaft von Seite der Landesbehörde unzureichend ist. Demzufolge hat die Gesellschaft im Jänner d. 3. dem Landtage eine motivirte Bittschrift eingebracht. Die unrealisirebaren Forderungen werden gestrichen. Ferner ist man übereinkommen, daß die Gesellschaft wenigstens 4000 fl. jährlicher Subvention aus einem Landesfonde sich beschaffen müsse. — Es wurde beschlossen, ein Gesuch an den Banus zu richten, dahin lautend, der Tabakbau möge in Croatia, wie in Ungarn und Siebenbürgen, außerhalb der Monopolgesetze auf je 70 Quadrastadter Areal gegen 1 fl. Finanzaufsichts-Gebühr und 21 kr. Verzehrssteuer baldmöglichst gestatet werden. — Schließlich wurde beschlossen, dies Jahr in Agram eine Naturproducten-Ausstellung abzuhalten. Dabei wird Material zu einer „Obst-Terminologie“ gesammelt. Das Programm zu dieser Ausstellung wird demnächst veröffentlicht werden.

**Verloofung.** Ziehung der Triester 1855er Lose am 1. Juni 1857: **25 000 fl.** EM. gew. Nr. 638; **1000 fl.** gew. Nr. 15589, 6606, 12115, 21564; **500 fl.** gew. Nr. 11613, 5036, 6121, 1567, 14635; **200 fl.** gew. 8415, 8671, 4615, 1015, 9366, 5957, 17646, 17064, 13043, 1715; **150 fl.** gew. 1994, 4653, 17243, 10779, 14789, 8865, 21898, 6839, 4828, 3556.  
Außerdem gewinnen noch 29 Nummern **100 EM.**

Angesommene Fremde.

Am 5. Juni.  
**Stadt Wien.** Die Herren: Herbst, Commis, von Pinz.  
 Weiß, Handelsreis., von Reidenau. — Haas, Straßß Mathias  
 und Straßß Josef, Handelskt., von Gottschee. Biederman  
 f. t. Katedral-Geometer, von Krainburg. — Ursich mit Frau  
 Privat, von Triest. — Smole, von Gutesfeld. — Obal, Kaufm.  
 von Rudolfswerth. — Mole, Kaufm., von Wien. — Brüll  
 Kaufm., von Brünn. — Gläner, Bezirksvorsteher, von Stein  
 — Fuchs, Student, von Götz.

**Elephant.** Die Herren: Berzer, Privat, von Bibem. — Palman, Kaufm., von Finne. — Mack und Frisch, Kaufft., Grathun, und Se. Excellenz Baron Kalsberg, von Wien. — Gaber, Realitätenbes., von Marburg. — Serrmann, f. t. Controllor, von Rastach. — Jerichan, Realitätenbes., von Planina. — Cipriani, Kaufm., von Görz. — Schuller, Handelsm., von Agram. — Mavrogordato, Privat, von Triest.

**Wilder Mann.** Die Herren: Berauel, k. k. Generalmajor  
und Köstl, k. k. Lieut., von Graz.  
**Boierischer Hof.** Herr Man. von Marburg.

# Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Réaumur	Wind	Wasserstand des Flusses	Niederschlag in Lin. 24 St.
6. Juni	327.62	+13.0	windstille	gewölkt	
2 " Mg.	326.82	+18.7	windstille	heiter	0.00
10 " Ab.	326.33	+14.7	windstille	heiter	

Vormittag geloderte Wollendecke. Aufseiterung. Warmer  
sonniger Tag.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

## Börsenbericht.

**Wien**, 5. Juni. Die Börse war für den Tag mäßig. Geld flüssig.

[illegible]